SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Parteimitglieder nach dem "Ende der Mitgliederpartei": ein Überblick über Forschungsergebnisse für Westeuropa seit 1990

Alemann, Ulrich von; Spier, Tim

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Alemann, U. v., & Spier, T. (2008). Parteimitglieder nach dem "Ende der Mitgliederpartei": ein Überblick über Forschungsergebnisse für Westeuropa seit 1990. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, *37*(1), 29-44. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-281413

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Ulrich von Alemann / Tim Spier (Düsseldorf)

Parteimitglieder nach dem „Ende der Mitgliederpartei".

Ein Überblick über Forschungsergebnisse für Westeuropa seit 1990

Trotz der Diskussion um ein vermeintliches „Ende der Mitgliederpartei" wird die politikwissenschaftliche Forschung zur Mitgliedschaft in politischen Parteien weiter vorangetrieben. Der Artikel zeichnet die Entwicklung der Mitgliedschaftszahlen in den westeuropäischen Parteiensystemen nach, stellt die Modelle und Typologien der organisationstheoretischen Debatte vor und gibt einen Überblick über die empirischen Forschungsergebnisse der mitgliedschaftsbezogenen Partizipations- und Parteienforschung. Anhand der Befunde wird gezeigt, dass sich zwar die Formen und Motive der Partizipation in Parteien ändern und dadurch auch der Stellenwert der Mitglieder für Charakter und Organisation der Parteien modifiziert wird, von einem „Ende der Mitgliederpartei" in Westeuropa aber keine Rede sein kann.

Keywords: Politische Parteien, Parteimitglieder, Partizipation, Westeuropa
politicalparties, party members, participation, Western Europe

1. Einleitung[1]

Die These vom „Ende der Mitgliederpartei" erfreut sich im Zuge der Diskussion über die Krise der Parteien und der Parteiendemokratie in den 1990er Jahren einer großen Beliebtheit. Aus dem scheinbar unaufhaltsamen numerischen Verfall der Mitgliederbestände politischer Parteien in westlichen Industrienationen wird ein grundlegender Wandel ihres Charakters sowohl in Hinblick auf die Möglichkeiten der Partizipation in ihnen wie auch ihrer Wirkungs- und Arbeitsweise nach außen hin herausgelesen. Die These findet sich dabei in der deutschsprachigen wie internationalen Diskussion (Wiesendahl 2006, 11ff. mit weiteren Nennungen sowie Gegenargumenten). In den wenigsten Fällen wird ihre Stichhaltigkeit überprüft, oft genug mutiert die These zur unhinterfragten Tatsachenbehauptung, die neue Formen der Parteiarbeit legitimieren soll.

Aus Sicht der Praxis in Parteizentralen, Werbeagenturen und der Politikberatung sind Mitglieder für die Parteiorganisation auch weitgehend funktionslos geworden: An die Stelle personalintensiver, lokaler Graswurzelkampagnen seien kapitalintensive, zentral organisierte Wahlkämpfe getreten, die Parteiprominenz spreche über landesweite Medien die Bevölkerung viel effektiver an als den Umweg einer indirekten Mobilisierung über Parteimitglieder als Multiplikatoren zu wählen, und auch als finanzielle Ressource würde die Parteibasis angesichts von Spendenaufkommen und staatlicher Parteienfinanzierung immer entbehrlicher. Warum sollte sich eine Partei angesichts von anspruchsvollen Partizipations- und Mitbestimmungsbedürfnissen einer Basis, die ein professionelles, schnelles und flexibles Politik-Management der Parteizentralen nur erschweren, überhaupt einen Mitgliederstamm leisten? Heißt also die Devise: „Alle Macht den Profis"? (von Alemann 2003, 197).

Eine solche nüchtern kalkulierende Sichtweise muss natürlich auf normative Bedenken treffen. Die Politikwissenschaft geht davon aus, dass Parteien lebendige Bindeglieder zwischen Staat und Gesellschaft sein sollen – nicht ohne im zweiten, empirischen Schritt die Brüchigkeit dieser „Linkage"-Funktion nachzuweisen (Lawson 1988; Katz 1990; Poguntke 2000). Zumindest in der vorherrschenden kontinentaleuropäischen Konzeption von Parteiendemokratie setzt dies voraus, dass sie über eine innerparteiliche demokratische Willensbildung von unten nach oben verfügen, die eine Interessenaggregation und die Entwicklung von mehrheitsfähigen Handlungsalternativen erst möglich machen soll (von Beyme 1984, 22ff.; von Alemann 2003, 209ff.). In dieser Sichtweise ist die in der Bevölkerung verwurzelte Mitgliederbasis einer Partei für ihre Funktionserfüllung unverzichtbar. Das meint auch das deutsche Bundesverfassungsgericht, das der „Verwurzelung" einen hohen Wert einräumt (BVerfGE 85, 264).

Die amerikanische Konzeption von Parteiendemokratie hingegen zeigt, dass die Bindung durchaus nicht nur über Parteimitglieder hergestellt werden kann: „Democracy is not to be found *in* the parties but *between* the parties" (so der Klassiker Schattschneider 1942, 60) – erst die elektorale Konkurrenz um Wählerstimmen ermöglicht in dieser Sichtweise die demokratische Willensbildung. Konsequenterweise gibt es in den USA auch keine formelle Parteimitgliedschaft. Allerdings flammt auch dort die Diskussion immer wieder auf, ob man nicht doch „echte" Parteien brauche (American Political Science Association 1950, Lawson 1988).

Der Beitrag ist in fünf Abschnitte gegliedert. Im ersten soll – gewissermaßen als Vorfrage – die Entwicklung der Parteimitgliederzahlen in den westeuropäischen Demokratien genauer in Augenschein genommen werden. Es folgt eine Zusammenfassung der theoretischen Diskussion über die Auswirkungen dieser Entwicklung auf den Charakter der Parteien als Organisationen. Anschließend werden die empirischen Ergebnisse zum Wandel der Parteimitgliedschaft in zwei Abschnitten präsentiert. Zunächst aus Sicht der Partizipationsforschung, dann aus der der Parteienforschung. Abschließend soll im Fazit die These vom „Ende der Mitgliederpartei" wieder aufgegriffen und vor dem Hintergrund der dargestellten Ergebnisse diskutiert werden.

2. Entwicklung der Parteimitgliedschaften in Westeuropa

Dass die Zahl der in politischen Parteien organisierten Mitglieder dramatisch verfällt, wird in vielen Darstellungen zum Thema stillschweigend vorausgesetzt. Dabei ist es methodisch nicht einfach, belastbare Aussagen über die längerfristige Entwicklung der aggregierten Mitgliederzahlen im westeuropäischen Vergleich zu formulieren. Derart detaillierte und kontinuierliche Zahlenreihen, wie sie etwa für Deutschland vorliegen, findet man jedoch kaum in einem anderen Land (Wiesendahl 1990; Gabriel/Niedermayer 2002; Niedermayer 2007). Schon Duverger (1959 [1951], 97ff.) wies auf die Schwierigkeiten der Ermittlung reliabler Mitgliedschaftszahlen hin. Im Gegensatz zu anderen Daten im Feld der politischen Partizipation, namentlich vor allem der Wahlstatistik, gab es lange Zeit für staatliche Stellen keinen Grund, die Zahl der Mitglieder in Parteien zu ermitteln und zu archivieren. Erst mit der sukzessiven Einführung staatlicher Parteienfinanzierung und der damit häufig verbundenen Rechenschaftspflicht der Parteien gibt es amtliche Datensammlungen zu den Mitgliedern in politischen Parteien – allerdings auch nur in einigen Staaten Westeuropas.

Den meisten Übersichten zur Entwicklung der Parteimitgliedschaft in Europa (Katz/Mair 1992; Mair/van Biezen 2001; Scarrow 2002) bleiben daher nur zwei Wege der Messung: Die

Übernahme von Angaben der Parteien selbst oder die Extrapolation aus Bevölkerungsumfragen. Es gibt viele Gründe, die Reliabilität von Parteiangaben in Zweifel zu ziehen (Mair/van Biezen 2001, 7; Billordo 2003, 138). Zum einen ist das Vorhandensein von zentralen Mitgliederkarteien noch ein recht junges Phänomen, so dass früher Parteien selbst nicht immer ein genaues Bild über die Anzahl ihrer Mitglieder hatten. Zum anderen ist die Größe der Organisation für sich schon ein Argument im politischen Wettbewerb. Hohe Mitgliederzahlen können eine schlagkräftige Organisation suggerieren, starke Mitgliederverluste hingegen einen Niedergang der Partei anzeigen, so dass die Parteiführungen nicht immer ein Interesse an einer korrekten Wiedergabe der eigentlichen Zahlen haben. Schließlich geht die Zahl der Parteimitglieder in manchen Ländern in die Berechnung der Höhe der staatlichen Parteienfinanzierung ein, so dass auch deshalb ein Grund besteht, „Karteileichen“ nicht allzu schnell herauszufischen. Aber auch aus Bevölkerungsumfragen ermittelte Parteimitgliederzahlen (Widfeldt 1995; Scarrow/Gezgor 2006) können nicht uneingeschränkt als reliabel gelten, ist es in der Befragungssituation doch sozial erwünscht, sich als politisch aktiv darzustellen. Aufgrund der geringen Zahl von Parteimitgliedern in der Gesamtbevölkerung ist es überdies schwierig, anhand der üblichen Stichproben zuverlässig auf die Grundgesamtheit zu schließen (Mair/van Biezen 2001, 6; Heidar 2006, 303).

Neben der Frage der Reliabilität spielt auch die der interkulturellen Vergleichbarkeit unterschiedlicher Parteimitgliedschaftskonzeptionen im Bereich der Forschung mit aggregierten Parteimitgliederzahlen eine Rolle (Heidar 2006, 301ff.). Man muss nicht einmal das amerikanische Extrembeispiel heranziehen, in dem die „Mitgliedschaft“ in einer Partei nicht viel mehr als ein loses Zugehörigkeitsgefühl ist. Selbst in Westeuropa variiert das, was mit einer Mitgliedschaft in einer Partei verbunden wird, dramatisch. Diese in der politischen Kultur des jeweiligen Landes verankerten Unterschiede muss man in Rechnung stellen, wenn man die unterschiedlichen nationalen Mitgliedschaftsniveaus in Westeuropa vergleichen will.

Für den internationalen Vergleich sind die absoluten Parteimitgliederzahlen nur bedingt geeignet. Üblicherweise werden sie auf die Zahl der Wahlberechtigten bezogen, um der Größe des jeweiligen Landes Rechnung zu tragen. Betrachtet man die nationalen Mitgliederniveaus in Westeuropa Ende der 1990er Jahre (vgl. Tabelle 1), so reicht der Anteil von Parteimitgliedern an allen Wahlberechtigten von 17,7 % in Österreich bis hinunter zu 1,6 % in Frankreich (Mair/van Biezen 2001, 9). Auffällig ist, dass insbesondere kleinere Länder eine hohe Parteimitgliederdichte aufweisen, während die drei bevölkerungsreichsten Staaten Westeuropas – Deutschland, Großbritannien und Frankreich – zur Gruppe der Länder mit den geringsten Anteilen gehören. In Detailuntersuchungen wird in der Tat ein negativer Zusammenhang von Größe des Gemeinwesens und Parteimitgliederdichte nachgewiesen (Weldon 2006). Die dafür angeführte Erklärung, dass mit der Größe eines Landes die Chance des Einzelnen abnimmt, über eine Mitgliedschaft Einfluss auf die Politik zu nehmen, mithin geringere Anreize für die Mitarbeit in einer Partei gegeben sind (Weldon 2006, 470), konnte bisher jedoch nicht auf der Individualebene bestätigt werden.

Für die Frage des „Endes der Mitgliederpartei“ ist jedoch weniger das Niveau als die Veränderung der Parteimitgliederzahlen im Zeitverlauf entscheidend. Während Daten der westeuropäischen Entwicklung von 1960 bis 1990 noch kein eindeutiges Bild ergaben (Katz/Mair 1992, 332ff.), muss für den Zeitraum 1980 bis 2000 sowohl in absoluten wie relativ auf die Wahlbevölkerung bezogenen Zahlen ein Rückgang der Parteimitgliedschaften konstatiert werden (Mair/van Biezen 2001, 10ff.): In den dreizehn länger etablierten Demokratien Westeuropas ist die Parteimitgliederdichte um durchschnittlich vier Prozentpunkte gesunken, die Parteien haben insgesamt rund ein Drittel ihrer Mitglieder verloren. Auch hier kann nach der Größe des Gemein-

Tabelle 1: Stand Parteimitgliedschaften in Westeuropa 2000 und Entwicklung 1980-2000.

Land	P 2000 (abs.)	PE 2000 (in %)	Veränderung P 1980-2000 (abs.)	Veränderung P 1980-2000 (in %)	Veränderung PE 1980-2000 (in Punkten)
Österreich	1.031.052	17,66	-446.209	-30,21	-10.82
Finnland	400.615	9,65	-206.646	-34,03	-6,09
Norwegen	242.022	7,31	-218.891	-47,49	-8,04
Griechenland	600.000	6,77	+375.000	+166,67	+3,58
Belgien	480.804	6,55	-136.382	-22,10	-2,42
Schweiz	293.000	6,38	-118.800	-28,85	-4,28
Schweden	365.588	5,54	-142.533	-28,05	-2,87
Dänemark	205.382	5,14	-70.385	-25,52	-2,16
Italien	1.974.040	4,05	-2.091.887	-51,54	-5,61
Portugal	346.504	3,99	+50.381	+17,01	-0,29
Spanien	1.131.250	3,42	+808.705	+250,73	+2,22
Irland	86.000	3,14	-27.856	-24,47	-1,86
Deutschland	1.780.173	2,93	-174.967	-8,95	-1,59
Niederlande	294.469	2,51	-136.459	-31,67	-1,78
Großbritannien	840.000	1,92	-853.156	-50,39	-2,20
Frankreich	615.219	1,57	-1.122.128	-64,59	-3,48

Quelle: Mair/van Biezen 2001, 9ff.

Erläuterung: P = Parteimitglieder; PE = Parteimitglieder bezogen auf das gesamte potentielle Elektorat (alle Wahlberechtigten).

wesens differenziert werden. Während insbesondere die bevölkerungsärmeren, aber ursprünglich mit hohen Parteimitgliederanteilen ausgestatteten Länder stärker verloren haben, allen voran Österreich mit einem Verlust von 10,8 Prozentpunkten, halten sich die relativen Verluste in den größeren Staaten in Grenzen. Deutschland hat mit 1,6 Prozentpunkten noch die geringsten Einbußen in der Mitgliederdichte zu verzeichnen.

Die drei jüngeren Demokratien Südeuropas – also Portugal, Spanien und Griechenland – haben hingegen zumindest in absoluten Zahlen seit 1980 zugelegt. Dieses Bild bestätigt sich für viele der jungen osteuropäischen Demokratien (Mair/van Biezen 2001, 8ff.). Der Gedanke liegt nahe, dass zumindest ein Teil der Entwicklung von Parteimitgliederzahlen auf säkulare Entwicklungen zurückzuführen ist: In jungen Demokratien werden Parteien erst aufgebaut, ist das Interesse an politischer Partizipation in ihnen noch groß, während mit zunehmender Reife der Demokratie eine Etablierung, oder negativ ausgedrückt: eine Verkrustung der politischen Strukturen einsetzt, die zumindest das parteipolitische Engagement negativ beeinflusst. Der generelle Trend in den Parteimitgliederzahlen ist trotz dieser südeuropäischen Besonderheit eindeutig: Seit den 1990er Jahren geht in Westeuropa die Partizipation in politischen Parteien zurück.

3. Parteimitglieder in der theoretischen Diskussion

Der Trend zurückgehender Parteimitgliederzahlen wurde in der theoretisch ausgerichteten Diskussion der Parteiorganisationsforschung intensiv aufgegriffen. Ist doch die Frage von Ausmaß und Einfluss der Mitgliederbasis ein zentraler Bezugspunkt für die gängigen Verlaufstypologien, die in diesem Forschungsfeld bemüht werden. Schon für die klassische Unterscheidung von Massenpartei und Kaderpartei hat Duverger (1959 [1951], 81ff.) das Kriterium der Parteimitgliedschaft herangezogen: Die historisch vor allem von bürgerlichen Parteien des 19. Jahrhunderts genutzte Organisationsform der Rahmen- oder *Kaderpartei*[2] ist in ihrem Idealtypus nur ein loses Bündnis von Honoratioren, ohne Parteimitglieder im eigentlichen Sinne. Parteimitglieder behält Duverger der Massenpartei vor, die mit der Ausweitung des Wahlrechts insbesondere von der Arbeiterbewegung – aber zum Teil auch im politischen Katholizismus – etabliert wurde. Die Massenpartei substituierte die Nachteile, die sie gegenüber den ressourcenstarken Honoratioren der Kaderparteien hatte, durch den Einsatz ihrer Mitglieder zu Mobilisierungs- und Finanzierungszwecken. Die Mitglieder sind in der Massenpartei aber nicht nur Mittel zum Zweck, sondern werden aktiv beworben und durch politische Bildung befähigt, politische Verantwortung zu übernehmen. Das Modell der Massenpartei gibt damit großen Teilen der Bevölkerung erstmals die Möglichkeit, über den reinen Wahlakt hinaus politisch zu partizipieren. Sie ist damit die früheste Form der Mitgliederpartei.

Der Typus der *Massenpartei* hat sich weitgehend erst in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg voll über den Kreis sozialistischer Parteien hinaus durchgesetzt (Scarrow 2002, 94). Zu dieser Zeit wurde bereits die nächste Stufe der organisatorischen Entwicklung von Otto Kirchheimer (1965, 27ff.) ausgerufen: Die Allerweltspartei oder *catch-all party*, die sich idealtypisch insofern von der Massenpartei unterscheidet, dass sie sich nicht mehr auf ihre ursprüngliche *classe gardé*, etwa Arbeiter oder Katholiken, beschränkt, sondern zumindest auf der elektoralen Ebene auch andere soziale Gruppen ansprechen will. Dieser Wandel ist nur mit einer strategisch agierenden, weitgehend ideologisch ungebundenen politischen Führung möglich. Der Bedeutungszuwachs der Parteielite auf der einen Seite geht wiederum mit einem Bedeutungsverlust der Mitgliederbasis auf der anderen Seite einher (Kirchheimer 1965, 32). Eine Mitgliederpartei ist die Allerweltspartei aber immer noch: Sie verfügt über eine große Mitgliederzahl, auf die sie zu Finanzierungs- und Mobilisierungszwecken immer noch angewiesen ist (Harmel 2002, 122f.). Weitgehende Übereinstimmung mit dem Typus der Allerweltspartei weist die Konzeption der *professionalisierten Wählerpartei* auf (Panebianco 1988 [1982], 262ff.; vgl. auch von Beyme 2000), die sich ausdrücklich der Analyse Kirchheimers anschließt, aber die Professionalisierung des Parteiapparats und den Fokus auf die Wählergewinnung besonders betont.

Mit Anbruch der 1990er Jahre griff die Parteiorganisationsdebatte einige wichtige soziale, kulturelle und politische Veränderungen auf, um ausgehend von Massen- und Allerweltspartei die Entwicklung neuer Typen von Parteien zu beschreiben. Die bekannteste, wohl aber auch umstrittenste These ist die der Ausbildung von *Kartellparteien* (Katz/Mair 1995). Der These nach wirken die etablierten Parteien kollusiv bei der Gestaltung ihres Wettbewerbs zusammen, sorgen über ihre parlamentarische Gestaltungsmacht für Einführung oder Ausbau der staatlichen Parteienfinanzierung und mutieren in der Folge zu quasi-staatlichen Akteuren, die eben nicht mehr Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft sind. Mit ihren staatlichen Ressourcen ist es der Kartellpartei möglich, ihre Arbeit voll auf professionelle, kapitalintensive Methoden der Parteiarbeit und des Wahlkampfes umzustellen. Für die Parteimitglieder ergeben sich drastische Veränderungen (Katz/Mair 1995, 20f.). Sie werden für Erhalt und Arbeit der Organisation zunehmend

überflüssig. Die Parteielite versucht überdies ihre Machtposition gegenüber der Parteibasis zu stärken. So werden Mechanismen ausgebaut, die eine direkte Kommunikation zwischen Parteielite und einfachen Parteimitgliedern ermöglichen, um das für die Parteiführung gefährliche Delegiertenprinzip zu marginalisieren. Katz und Mair (1995, 21) sprechen in diesem Zusammenhang von einer atomistischen Konzeption der Parteimitgliedschaft.

Einen anderen Schwerpunkt setzt der Typus der *professionalisierten Medienkommunikationspartei* (Jun 1999; 2002; 2004). Hier werden insbesondere die elektoralen und medialen Anforderungen an heutige Großparteien als Ursachen für bestimmte Anpassungs- und Veränderungsprozesse ausgemacht. Der Typus zeichnet sich Jun zufolge insbesondere durch ein professionelles Kommunikationsmanagement aus, das auf interne wie externe Fachleute für eine möglichst effektive Binnen- wie Außenkommunikation setzt. Auch die transportierten Inhalte sowie das Spitzenpersonal der Parteien werden an die vorherrschende Medienlogik angepasst. Der Anspruch einer kohärenten, sinnstiftenden Programmatik tritt hinter die Orientierung an medienwirksamen *issues* zurück. Für die Organisationsstruktur bedeutet die Medienorientierung der Partei zweierlei: Effizienz- und Kommunikationserfordernisse führen zu einer Stärkung des strategischen Machtzentrums der Partei, während die einzelnen Parteimitglieder, insbesondere die Aktivisten, als Ressource in der politischen Kommunikation an Bedeutung verlieren.

In der Einschätzung der Mitgliederrolle unterscheidet sich das Modell der *modernen Kaderpartei* (Koole 1994, 1996) deutlich von der Kartellpartei von Katz und Mair. Am Beispiel der niederländischen Parteien zeigt Koole auf, dass diese wieder Züge der Duverger'schen Kaderpartei erkennen lassen, allerdings in einem modernen Gewand (Koole 1994, 297ff.): Sie verfügen im Vergleich zu ihrer Wählerschaft nur noch über eine geringe Zahl von Mitgliedern, einen Kader von Aktivisten, können daher nicht mehr als Massenpartei gelten. Auch in ihnen dominiert die Parteielite, allerdings – und hier setzt Koole sich von der pessimistischen Variante der Kartellpartei ab – ist diese weiterhin im hohen Maße der Parteibasis verantwortlich. Auch behält die moderne Variante der Kaderpartei trotz geringer Mitgliedschaft die Organisationsstrukturen einer Massenpartei bei, mit einem vertikalen Aufbau und ausgerichtet am Prinzip der innerparteilichen Demokratie. Nicht nur im Hinblick auf die weiterhin wichtige Rolle der einzelnen Parteimitglieder ist die moderne Kaderpartei also eine sehr optimistische Version der Weiterentwicklung politischer Parteien.

Auf dem Modell der modernen Kaderpartei baut die Konzeption der *Netzwerkpartei*[3] ausdrücklich auf (Heidar/Saglie 2003b). Die norwegischen Forscher setzen sich von Kooles Begrifflichkeit ab, da sie ihrer Auffassung nach leicht mit der Kaderpartei leninistischen Typus verwechselt werden könne und selbst in der Duverger'schen Terminologie eine Mischung von Elementen der Kader- und der Massenpartei aufweist. Sie teilen die Einschätzung, dass die formale Struktur der Partei weiterhin auf innerparteiliche Demokratie und Partizipation der Mitglieder ausgerichtet ist, konzedieren aber, dass ein starkes Spannungsverhältnis zwischen den Partizipationsverlangen der Basis und dem auf Wählermaximierung ausgerichteten Handeln der Parteielite besteht (Heidar/Saglie 2003b, 221f.).

Diese Spannung wird dadurch aufgelöst, dass Parteiprogramme und Strategien unter Umgehung formaler Prozeduren faktisch von informellen Netzwerken innerhalb der Partei entwickelt werden. In dieser Hinsicht steht die Netzwerkpartei zwischen Kartell- und moderner Kaderpartei: Während die Elite der Kartellpartei kein Interesse an der Mitgliedschaft oder gar ihrer aktiven Mitbestimmung hat, geht das Modell der modernen Kaderpartei von starken Partizipationsrechten der Mitglieder aus. Die These von der Netzwerkpartei löst den Gegensatz von

distopischer und utopischer Vorstellung innerparteilicher Demokratie zugunsten eines weit realistischeren Spannungsverhältnisses von Parteibasis und -elite auf.

Doch mit den unterschiedlichen Parteimodellen ist ohnehin nicht der Anspruch verbunden, eine realistische Darstellung der Wirklichkeit zu bieten. Bei den vorgestellten Konzeptionen handelt es sich um Idealtypen, die so zugespitzt sind, dass sie in der politischen Wirklichkeit nicht aufzufinden sind. Inwieweit die Parteien in Westeuropa in Hinsicht auf die Rolle der Parteimitglieder diesen Idealtypen entsprechen, wird in den folgenden Abschnitten zu klären sein.

4. Parteimitglieder in der Partizipationsforschung

Widmen wir uns zunächst dem Forschungsgebiet, das sich besonders mit den Determinanten der Beteiligung in Parteien auseinandersetzt: der Partizipationsforschung, die darüber hinaus natürlich auch andere Formen der konventionellen oder unkonventionellen politischen Partizipation im Blick hat (von Alemann 1975). Die Mitgliedschaft in einer politischen Partei stellt sich aus dieser Perspektive als abhängige Variable dar, die durch verschiedene Faktoren bedingt wird. Zur Erklärung des Beitritts zu einer Partei und der Aktivität in ihr wurden zunächst die klassischen Theorienfamilien herangezogen, die auch in anderen Teilgebieten der Partizipationsforschung Verbreitung gefunden haben. Die soziologischen oder sozialstrukturellen Ansätze orientieren sich dabei zumeist an soziodemographischen Variablen, die die soziale Stellung einer Person und ihre Einbindung in die Gesellschaft indizieren sollen. Besonders einflussreich in dieser Theoriegruppe ist der Ressourcen-Ansatz geworden, der davon ausgeht, dass die individuelle Ausstattung mit materiellen wie immateriellen Ressourcen die politische Partizipation fördert (Milbrath 1965; Verba/Nie 1972). Die sozialpsychologischen Ansätze in der Partizipationsforschung betonen hingegen subjektive, psychologische Momente, wie etwa die Wirkung von Normen, subjektiven Kompetenzen und Identifikationen auf die politische Beteiligung (Campbell et al. 1954; Campbell et al. 1960). Für die ökonomischen Rational-Choice-Ansätze steht hingegen im Vordergrund, dass bestehende Präferenzen der rational handelnden Bürger in einem positiven Kosten-Nutzen-Verhältnis umsetzbar sein müssen, damit politische Partizipation möglich wird (Downs 1957; Olson 1965).

Die drei Theoriefamilien und die daraus entwickelten Modelle werden in der theoretischen Diskussion wie der praktischen Anwendung in der Partizipationsforschung nicht mehr als sich gegenseitig ausschließend aufgefasst. Vielmehr geht die Entwicklung dahin, Modelle der politischen Partizipation zu entwickeln, die die verschiedenen Aspekte der unterschiedlichen Ansätze integrieren. So ist das für den Ressourcen-Ansatz entwickelte sozioökonomische Standardmodell politischer Partizipation (SES) inzwischen durch Verba und seine Mitarbeiter so überarbeitet worden, dass es nicht über die Proxy-Variablen Bildung, Einkommen und Berufstätigkeit operationalisiert wird, sondern direkt die drei Ressourcen Geld, Zeit und demokratiebezogene Fertigkeiten, die sog. *civic skills*, heranzieht, mithin auch sozialpsychologische Elemente übernimmt (Brady et al. 1995; Verba et al. 1995).

In die deutsche Diskussion hat Niedermayer das Modell innerparteilicher politischer Partizipation eingeführt, das mit den Dimensionen Ressourcen, Prädispositionen und Opportunitäten Elemente aller drei Familien zu einer theoretischen Synthese bringt (Niedermayer 1989, 63ff.). Schließlich haben die britischen Politikwissenschaftler Seyd und Whiteley das General-Incentives-Modell entwickelt, das in einem Rational Choice-inspirierten Rahmen von Kosten und

Nutzen eine ganze Reihe unterschiedlicher Anreize berücksichtigt (Seyd/Whiteley 1992; Whiteley et al. 1993; Whiteley/Seyd 1996; 2002).

Das General-Incentives-Modell hat sich mittlerweile zum Standard in der empirischen Parteimitgliederforschung entwickelt und weist für Mitgliederstudien in Großbritannien, Irland, Dänemark und Deutschland eine vergleichsweise hohe Erklärungskraft auf (Whiteley/Seyd 1996, 223ff.; Gallagher et al. 2002, 105ff.; Hansen 2002, 251ff.; Whiteley/Seyd 2002, 88ff.; Klein 2006, 44ff.). Es baut auf einer Klassifikation von möglichen Anreizen für das Engagement in Parteien auf, die in Anlehnung an die Organisationstheorie von Clark und Wilson entwickelt wurde (Clark/Wilson 1961; Wilson 1973).[4]

Positive Anreize (Nutzen) werden dabei mit negativen (Kosten) in Beziehung gesetzt. Zu den positiven Anreizen gehören zunächst die instrumentellen Motive. Diese können selektiv sein, also unmittelbar dem persönlichen Vorteil des Parteimitglieds dienen. Die Spannweite denkbarer Vorteile reicht von Informationsprivilegien durch die Parteiarbeit bis hin zum Zugang zu Ämtern und Mandaten. Aber auch kollektive politische Anreize gehören zu dieser Gruppe, etwa die Unterstützung einer bestimmten Partei, um dadurch politische Ziele verwirklichen zu können. Auf der anderen Seite umfasst das Modell aber auch nicht-instrumentelle Anreize, so normative, die sich aus den Erwartungen des sozialen Umfelds ergeben, altruistische Anreize, die etwa darin zu sehen sind, dass die Mitarbeit in Parteien für den Erhalt der Demokratie für wichtig erachtet wird, sowie die ideologischen Anreize, die aus der Unterstützung für richtig erachteter ideologischer Prinzipien erwachsen können. Schließlich werden auch noch expressive Anreize berücksichtigt, vor allem der Nutzen, den eine Person daraus zieht, dass sie die Partei unterstützt, zu der sie eine emotionale Bindung hat.

Diesen positiven Anreizen stehen die Kosten der Parteiarbeit gegenüber. Berücksichtigt man die zentrale Rolle, die die Kosten der Parteimitgliedschaft für den Rational Choice-Rahmen des Modells haben, überrascht, wie wenig theoretisch ausgearbeitet dieser Punkt bei Seyd und Whiteley ist. Klein (2006, 40) unterscheidet in seiner Reformulierung des Modells drei Kostenarten: Einerseits die Opportunitätskosten, d.h. die Kosten, die dem Mitglied dadurch entstehen, dass es alternative Aktivitäten zur Parteiarbeit nicht wahrnehmen kann. Andererseits das „Arbeitsleid" des Mitglieds, also die physischen und psychischen Kosten, die durch die Mitarbeit in der Partei entstehen. Schließlich die finanziellen Kosten, also in erster Linie der Mitgliedsbeitrag.

Der eigentliche Wert des General-Incentives-Modells liegt weniger darin, dass es so erklärungskräftig ist – da es viele der Elemente anderer Theorien kombiniert, kann dies nicht weiter verwundern. Entscheidend ist vielmehr, dass das Modell einen Rahmen zur Verfügung stellt, in dem beurteilt werden kann, wie es mit dem Einfluss der unterschiedlichen Anreize im Verhältnis zueinander bestellt ist. Der Einwand gegen das Modell, dass es durch Kombination konkurrierender Ansätze zu umfassend und deswegen nicht mehr falsifizierbar sei (Fisher 1999, 24), erscheint deswegen durchaus verkraftbar. Schwerer wiegt die Kritik, dass es wenig Konstanz in der Operationalisierung der einzelnen Anreize gäbe (Gallagher et al. 2002, 111). Doch dies ist weniger dem Modell als seinen empirischen Überprüfungen anzulasten.

Das General-Incentives-Modell ist auf unterschiedliche Formen der Partizipation in Parteien angewandt worden. Am gebräuchlichsten ist in diesem Kontext aber die Erklärung des Beitritts zu und der Aktivität in einer Partei. Auf Grundlage repräsentativer postalischer Parteimitgliederbefragungen ist für unterschiedliche Länder und Parteien nachgewiesen worden, dass selektive, also eigennützige Motive durchweg eine vergleichsweise geringe Bedeutung für den Eintritt in eine bestimmte Partei haben (Seyd/Whiteley 1992, 73ff.; Whiteley et al. 1994, 95ff.; Bennie 2004, 138f.; Whiteley et al. 2006, 87f.). Zu diesem Befund ist allerdings kritisch anzumerken,

dass es sich auch um einen Effekt sozialer Unerwünschtheit in der Befragungssituation handeln kann (Heidar/Saglie 2003a, 780; Pedersen et al. 2004, 370). Leider ist die Operationalisierung der unterschiedlichen Anreiztypen in den verschiedenen Studien so unterschiedlich, dass ein länder- und parteienübergreifender Vergleich der darüber hinausreichenden Ergebnisse nur mit großer Vorsicht präsentiert werden kann. Jedenfalls scheinen die kollektiven Anreize, also die Durchsetzung bestimmter politischer Ziele und Maßnahmen ein weiteres wichtiges Motiv für den Eintritt in einer Partei zu sein (Heidar 1994, 72ff.; Whiteley et al. 1994, 95ff.; Heidar/Saglie 2003a, 777ff.; Bennie 2004, 138f.; Pedersen et al. 2004, 369f.; Klein 2006, 49f.; Whiteley et al. 2006, 87f.). Aber auch nicht-instrumentelle, insbesondere normative und expressive Gründe spielen für diese Entscheidung eine Rolle (Whiteley et al. 1994, 95ff.; Klein 2006, 49f.; Whiteley et al. 2006, 87f.). Andere Studien berichten schließlich von nennenswerten Effekten ideologischer Motive (Heidar 1994, 72ff.; Heidar/Saglie 2003a, 777ff.; Pedersen et al. 2004, 72ff.).

Für die Determinanten der Parteiaktivität ergibt sich hingegen ein anderes Bild. Üblicherweise wird die Aktivität in einer Partei entweder über die Zahl der Stunden operationalisiert, die der/die Befragte in einem durchschnittlichen Monat für Parteiarbeit aufbringt (Hansen 2002; Whiteley et al. 2006). Auch werden Skalen gebildet, die unterschiedliche Aktivitätsformen der Parteimitglieder erfassen (Seyd/Whiteley 1992; Whiteley et al. 1994; Gallagher et al. 2002; Seyd/Whiteley 2002; Whiteley/Seyd 2002; Whiteley et al. 2006). Oder es werden verschiedene Aktivitätstypen unterschieden (Heidar 1994; Klein 2006). Gleich wie man die Parteiaktivität operationalisiert, die Ergebnisse der unterschiedlichen empirischen Überprüfungen des General-Incentives-Modells ähneln sich zumindest in einem Punkt: Die selektiven Anreize spielen – im Gegensatz zum Parteibeitritt – für die Aktivität in Parteien eine zentrale Rolle (Seyd/Whiteley 1992, 112ff.; Whiteley et al. 1994, 118ff.; Gallagher et al. 2002, 105ff.; Klein 2006, 55f.; Whiteley et al. 2006, 106ff.). Darüber hinaus gehen wesentliche Effekte vor allem von den kollektiven und expressiven Anreizen aus, wobei deren Stellenwert von Studie zu Studie variiert.

Interessanter als die bloße Relation der Motive dürfte allerdings deren Bedeutungsveränderung im Zeitverlauf sein, kann dies doch Hinweise zu den Gründen sinkender Mitgliederzahlen in Parteien liefern. Eine Methode der Analyse solcher Veränderungen ist eine Replikationsstudie bei einer neuen Zufallsauswahl von Parteimitgliedern nach einigen Jahren (Seyd/Whiteley 2002; Heidar/Saglie 2003a). Alternativ werden bei nur einem vorhandenen Befragungszeitpunkt auch verschiedene Altersgruppen auf Unterschiede in ihren Beitrittsmotiven untersucht, wobei unterstellt wird, dass über die Generationensukzession der zeitliche Wandel der Anreize abgebildet werden kann (Seyd/Whiteley 1992; Klein 2006). Eine eindeutige Trennung von Alters- und Kohorteneffekten lässt sich aber nur mit echten Panelstudien herstellen, die bisher nur für Großbritannien vorliegen (Whiteley/Seyd 1998; 2002). Unabhängig von der Methode des Zeitvergleichs zeigt sich deutlich, dass der Einfluss selektiver Anreize für den Beitritt zu einer Partei zunimmt (Seyd/Whiteley 1992, 78f.; Klein 2006, 51f.). Teilweise geht dies einher mit einem Bedeutungsrückgang altruistischer und expressiver Motive (Klein 2006, 51f.). Insbesondere für ehemalige Milieuparteien – etwa die britischen und norwegischen Sozialdemokraten – wurde ein bedeutender Rückgang normativer Beitrittsanreize festgestellt (Seyd/Whiteley 1992, 78f.; Heidar/Saglie 2003a, 778ff.).

Bei allen Bemühungen, die Motive für den Beitritt zu und die Aktivität in einer Partei zu ermitteln, verwundert es, wie wenig über die Motive des Austritts aus einer Partei bekannt ist. Zwar ist es möglich, einen Teil der Mitgliederverluste der politischen Parteien dadurch zu erklären, dass sich die Bedingungen des Beitritts verändert haben. Jedoch kommt nur ein Teil der Mitgliederverluste über verminderte Beitritte bei gleichbleibender Mortalität zustande. Ein zu-

mindest nicht zu vernachlässigender Grund des Mitgliederverfalls ist darüber hinaus der bewusste Austritt aus einer Partei. Bei den beiden deutschen Volksparteien, für die aggregierte Eintritts- wie Austrittszahlen vorliegen, lässt sich feststellen, dass sich zwar die Zahl ihrer jährlichen Beitritte seit Anfang der 1990er Jahre auf jeweils etwa 20.000 Neuzugänge stabilisiert hat, die Zahl der Austritte jedoch nicht nur deutlich höher ist, sondern vor allem großen Schwankungen zwischen 20.000 und 60.000 unterliegt (Wiesendahl 2006, 47). Die Fluktuation von Parteimitgliedern scheint im Übrigen ganz andere Dimensionen zu haben als die saldierten Veränderungen suggerieren: Zwei ältere Panelstudien für Norwegen zeigen, dass in einem Zeitraum von vier Jahren 24,6% (1969-1973) bzw. 18,5% (1977-1981) der Mitglieder ihre Parteien verließen, im wesentlichen aber durch Neumitglieder ersetzt wurden (Selle/Svåsand 1991, 463f.). In einer Panelstudie der Mitglieder der Labour Party wurde nachgewiesen, dass 15 % der Mitglieder von 1997 die Partei 1999 bereits wieder verlassen hatten (Whiteley/Seyd 2002, 159). Eine genauere Erforschung der Motive des Parteiaustritts ist aufgrund des Ausmaßes an Volatilität in der Parteimitgliedschaft angezeigt.

Der Wandel der Motivstrukturen von Parteimitgliedern wird üblicherweise im Lichte der in der Diskussion befindlichen Theorien des sozialen und politischen Wandels gedeutet (Gabriel/Niedermayer 2002, 280ff.; Klein 2006, 51f.; Wiesendahl 2006, 70ff.): Der Prozess der Individualisierung löst den Einzelnen zunehmend aus den alten gesellschaftlichen Großgruppen und Milieus, aber auch aus den Familienkreisen heraus. Schon vor diesem Hintergrund sollten normative Anreize für den Eintritt in eine Partei kaum noch entscheidend sein. Aber auch die Abnahme der affektiven Bindung an eine Partei wirkt sich – parallel zur Diskussion um das *partisan dealignment* im Wahlverhalten (Dalton et al. 2002) – auf die Parteimitgliedschaft aus und führt zum Rückgang expressiver Anreize. Stattdessen orientieren sich immer mehr Menschen im Zuge des Wertewandels (Inglehart 1989) an den eigenen Wünschen und Bedürfnissen. So nehmen tendenziell die selektiven Gründe der Parteimitgliedschaft an Bedeutung zu und die altruistischen ab.

5. Parteimitglieder in der Parteienforschung

Die empirische Forschung zu Parteimitgliedern beschränkt sich nicht auf die Suche nach Determinanten der Mitgliedschaft. Im Rahmen der Parteienforschung wird vor allem danach gefragt, welche Wirkung die Mitglieder auf Charakter und Organisationsstruktur der Parteien haben. Die Mitgliedschaft in Parteien ist in dieser Hinsicht unabhängige Variable. Für die Beantwortung der Leitfrage, ob man von einem „Ende der Mitgliederpartei“ sprechen kann, ist diese Perspektive entscheidend: Die Mitgliederpartei ist nicht nur eine Partei mit numerisch zahlreichen, aktiven Mitgliedern, sie ist vor allem eine Partei, die ihre Parteimitglieder als Ressource nutzt und in ihrer Organisationsstruktur auf die Mitwirkung ihrer Mitglieder ausgerichtet ist (Wiesendahl 2006, 20ff.).

Zunächst ist in dieser Hinsicht interessant, ob sich die sinkenden Mitgliederzahlen in den westeuropäischen Parteien überhaupt auf den Aktivitätsgrad der verbliebenen Mitglieder auswirken. Entscheidend für Persistenz oder Wandel der Organisation ist nämlich weniger die bloße Zahl an Mitgliedern als der Grad ihrer innerparteilichen Aktivität (Scarrow et al. 2002, 95ff.; Wiesendahl 2006, 104). Der Wegfall inaktiver Mitglieder hat aus dieser Perspektive keine wesentlichen Konsequenzen und macht keine Adaption der Parteiorganisation notwendig. Gut dokumentiert ist, dass üblicherweise weit über 50 % der Mitglieder westeuropäischer Parteien

völlig inaktiv sind, also über die Zahlung ihres Beitrags hinaus keinerlei Zeit für die Aktivität in der Partei aufwenden (Heidar 1994, 67ff.; Gallagher/Marsh 2004, 413f.; Pedersen et al. 2004, 374f.; Seyd/Whiteley 2004, 359; Klein 2006, 54). Inwiefern sich dieser Befund im Zeitverlauf verändert, ist jedoch nicht so eindeutig festzustellen: Für Norwegen wurde ermittelt, dass der Anteil der Aktiven sich trotz massiver Mitgliederverluste zwischen 1990 und 2001 nicht wesentlich verändert hat (Heidar/Saglie 2003b, 766ff.). In Großbritannien ging er hingegen von 1990 bis 1999 bei Labour und den Conservatives kontinuierlich zurück (Seyd/Whiteley 2004, 359). Andere Studien stellen auf Grund von Rückerinnerungsfragen fest, dass es mehr Befragte gibt, die angeben, in der Vergangenheit aktiver gewesen zu sein, als solche, die sich heute aktiver sehen (Gallagher/Marsh 2004, 413f.; Pedersen et al. 2004, 379f.). Doch gleich ob der Anteil gleich bleibt oder sinkt – mit sinkenden Parteimitgliederzahlen werden in jedem Fall die Aktiven weniger, auf die die Partei zurückgreifen kann.

Welche Wirkung hat dieser Verlust von aktiven Mitgliedern für die Parteien? Ein Feld, für das Parteimitglieder klassischerweise herangezogen werden, ist das der Mobilisierung – nicht nur, aber insbesondere bei Wahlen. Parteimitglieder sind nicht nur ein fester Stamm von Wählern, ihnen wird auch eine wichtige Multiplikatorenfunktion zugesprochen (Scarrow 1994, 49f.). Tatsächlich kommen verschiedene empirische Studien zu dem Schluss, dass Parteimitglieder im Bereich der interpersonalen politischen Kommunikation eine herausgehobene Rolle spielen (Immerfall 1993; Seyd/Whiteley 2004, 362). Sie wirken auf Bekannte und Verwandte ein und können so politisch mobilisieren. Diverse Untersuchungen haben gezeigt, dass sich Zahl und Aktivität von lokalen Parteimitgliedern auf die dortigen Wahlergebnisse auswirken (Whiteley/Seyd 1994; Gallagher/Marsh 2002, 135ff.), obwohl eine Studie dieses Ergebnis relativiert und nur auf bestimmte Parteien zutreffen lassen will (Fisher et al. 2006). Im westeuropäischen Vergleich wurde zudem auf Basis der Analyse von Wahlergebnissen von 75 Parteien festgestellt, dass – mit Ausnahme von Irland – in allen untersuchten Ländern eine hohe Mitgliederdichte mit einer geringen durchschnittlichen Wählervolatilität einhergeht. Starke Mitgliederorganisationen stabilisieren die Wahlergebnisse (Poguntke 2000, 252ff.). Sinkt die Zahl der Mitglieder, so wird auch die Wählerbindung instabil – ein Zusammenhang, der ebenfalls für Westeuropa nachgewiesen wurde (Poguntke 2000, 256ff.).

Über die Mobilisierung hinaus tragen Mitglieder auch zur Finanzierung ihrer Partei bei. Ein Rückgang der Parteimitgliedschaft muss sich im Budget der Parteien niederschlagen. Die Vertreter der Kartellparteien-These gehen sogar davon aus, dass die staatliche Parteifinanzierung eine bewusst von den Parteien herbeigeführte Kompensation für fehlende Eigenmittel ist (Katz/Mair 1995, 15f.). Grundsätzlich ist richtig, dass die Einführung staatlicher Parteienfinanzierung zunächst die Mitgliederfinanzierung zurückgedrängt hat. Nach diesem Zeitpunkt kann man aber für fast alle westeuropäischen Länder einen Rückgang der anteiligen Staatsfinanzierung beobachten (von Beyme 2000, 141). In absoluten Zahlen ist das Finanzaufkommen der Mitglieder in den 1990er Jahren – trotz ihres numerischen Rückgangs – etwa in Deutschland, Dänemark und den Niederlanden sogar noch angestiegen (Detterbeck 2002, 197ff.; Naßmacher 2003). Überdies scheint die Einführung staatlicher Finanzierung weder unmittelbar durch den Rückgang der Parteimitgliedschaft bedingt zu sein, noch einen nennenswerten Einfluss auf die Mitgliederentwicklung zu haben (Pierre et al. 2000). Insofern tragen Parteimitglieder weiterhin zur Finanzierung ihrer Partei bei, wenn auch neue Finanzierungsarten hinzutreten.

Es stellt sich die Frage, ob der Rückgang der Mitgliederzahlen die Organisationsstruktur der Parteien und die innerparteilichen Machtverhältnisse verändert. Folgt man Robert Michels „ehernem Gesetz der Oligarchie“, so gehen steigende Mitgliederzahlen mit dem Aufbau einer

komplexen Organisationsstruktur einher, die wiederum eine Zentralisierung der Macht, eine „Tendenz zur Oligarchie“ mit sich bringt (Michels 1989 [1911], 25). So beschrieb er es zumindest für die prototypische Massenpartei SPD, die Michels kurz nach der Jahrhundertwende vor Augen hatte. Gilt in Anbetracht des aktuellen Rückgangs von Mitgliederzahlen der Umkehrschluss, wirkt sich also der aktuelle Rückgang der Mitgliederzahlen in einem Rückgang der Organisationskomplexität oder gar in einer Dezentralisierung der Macht aus? Tan kommt mithilfe einer empirischen Analyse von Zeitreihendaten zu dem Schluss, dass der Rückgang der Mitgliederzahlen bei den meisten Parteien keinen signifikanten Einfluss auf die organisatorische Komplexität oder die Zentralisierung der Macht hat (Tan 1997, 369ff.). Die bestehenden Organisationsstrukturen bleiben weitgehend erhalten, was sich sehr gut mit der These von der modernen Kaderpartei bzw. der Netzwerkpartei deckt, die ihren formalen Aufbau trotz sinkender Mitgliederzahlen beibehalten.

6. Fazit

Kann man in Anbetracht der präsentierten Studien von einem „Ende der Mitgliederpartei“ in Westeuropa sprechen? In der Tat ist seit den 1980er Jahren die Zahl der Parteimitglieder in allen länger etablierten Demokratien Westeuropas rückläufig. Die Gründe hierfür sind komplex: Die Menschen lassen sich aufgrund von Individualisierung und Erosion alter Milieustrukturen nicht mehr allein aufgrund von Erwartungen des sozialen Umfelds auf eine Parteimitgliedschaft ein. Politik- und Parteienverdrossenheit sorgen für eine Abnahme der affektiven Bindung an diese Organisationen. Schließlich verstärkt der Wertewandel Tendenzen, eher aus eigennützigen denn altruistischen Gründen Parteien beizutreten. Da die Parteien diesen veränderten Anreizstrukturen offenbar nicht weit genug entgegenkommen, sinkt die Bereitschaft, in sie einzutreten. Darüber hinaus ist leider nur wenig bekannt über die Gründe von Parteiaustritten, die – so zeigt die hohe Volatilität in der Mitgliedschaft – ein bedeutendes Ausmaß angenommen haben. Auch dürfen ein verknapptes Freizeitangebot sowie neue politische Informationsquellen als Erklärungsmuster nicht außer Acht gelassen werden.

Der Rückgang der Mitgliederzahlen schlägt sich in einem kleineren Kreis von Aktiven nieder, denn es verlassen nicht nur die „Karteileichen“ die Parteien. Dennoch zeigt die Parteienforschung, dass die meisten westeuropäischen Parteien weiterhin auf ihre Mitglieder als Ressource angewiesen sind, vor allem zu Zwecken der Mobilisierung und Finanzierung. Auch lässt sich zumindest noch nicht feststellen, dass die Großparteien ihre auf hohe Mitgliederzahlen ausgerichteten Organisationsstrukturen verändert haben. Sie sind weiterhin auf die Partizipation ihrer Mitglieder ausgerichtet. Die Mitgliederpartei verliert in Westeuropa damit vielleicht an Profil, ihr derzeitiger Charakter und ihre Arbeitsweise bleiben aber weitgehend erhalten. Die numerischen Verluste mögen Zeichen für eine Krise sein, doch diese kann gemildert oder behoben werden. Das „Ende der Mitgliederpartei“ steht uns jedenfalls in Westeuropa noch nicht ins Haus.

ANMERKUNGEN

1 Die Autoren danken den beiden anonymen GutachterInnen für die kritischen und konstruktiven Vorschläge zur Verbesserung des Manuskripts.
2 In der deutschen Übersetzung des Klassikers wird der Begriff „Rahmenpartei“ genutzt – wohl um Verwechslungen mit der Kaderpartei leninistischen Typs zu vermeiden. Wegen des französischen Originalbegriffs *„parti de cadre“* und der international üblichen Terminologie *„cadre party“* wird im Folgenden von Kaderpartei gesprochen.
3 In Deutschland steht der modische Begriff der Netzwerkpartei allerdings auch für eher diffuse Ideen, die vor allem die elektronische Vernetzung der Parteimitglieder und -gremien zum Inhalt haben (von Alemann et al. 1998; von Alemann/Godewerth 2004).
4 Ähnliche Anreizkataloge sind teilweise unabhängig vom General-Incentives-Modell auch von anderen Forschern in der Parteimitgliederforschung entwickelt worden (Niedermayer 1989; Heidar 1994; Bürklin et al. 1997; Boll 2001; Müller/Traub 2004). Die hier verwendeten Anreiztypen entsprechen der Unterscheidung nach Klein (2006, 41).

LITERATURVERZEICHNIS

Alemann, Ulrich von (1975). Partizipation – Demokratisierung – Mitbestimmung. Zur Problematik eines Gegenstands, in: Ulrich von *Alemann* (Hg.): Partizipation – Demokratisierung – Mitbestimmung, Opladen, 13–40.

Alemann, Ulrich von (2003). Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, 3. Auflage, Opladen.

Alemann, Ulrich von/Rolf G. *Heinze* /Josef *Schmid* (1998). Parteien im Modernisierungsprozess, in: Ernst-Martin *Walsken*/Ulrich *Wehrhöfer* (Hg.): Mitgliederpartei im Wandel. Veränderungen am Beispiel der NRW-SPD, Münster u.a., 1–14.

Alemann, Ulrich von/Thelse *Godewerth* (2005). Die Parteiorganisation der SPD. Erfolgreiches Scheitern?, in: Josef *Schmid*/Udo *Stolleis* (Hg.): Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden, 158–171.

American Political Science Association (1950). Towards a More Responsible Two-Party System, New York.

Bennie, Lynn G. (2004). Understanding Political Participation. Green Party Membership in Scotland, Hants.

Beyme, Klaus von (1984). Parteien in westlichen Demokratien, 2. Auflage, München/Zürich.

Beyme, Klaus von (2000). Parteien im Wandel. Von der Volkspartei zur professionalisierten Wählerpartei, Wiesbaden.

Billordo, Libia (2003). Party Membership in France. Measures and Data-Collection, in: French Politics, Vol. 1(1), 137–151.

Boll, Bernhard (2001). Beitrittsmotive von Parteimitgliedern, in: Bernhard *Boll*/Everhard *Holtmann* (Hg.): Parteien und Parteimitglieder in der Region. Sozialprofil, Einstellungen, innerparteiliches Leben und Wahlentscheidung in einem ostdeutschen Bundesland. Das Beispiel Sachsen-Anhalt, Wiesbaden, 19–30.

Brady, Henry/Sidney *Verba*/Kay L. *Schlozman* (1995). Beyond SES. A Resource Model of Political Participation, in: American Political Science Review, Vol. 89(2), 271–294.

Bürklin, Wilhelm/Viola *Neu* (1997). Die Mitglieder der CDU. Interne Studien, Sankt Augustin.

Campbell, Angus/Philip E. *Converse*/Warren E. *Miller*/Donald E. *Stokes* (1960). The American Voter, New York.

Campbell, Angus/Gerald *Gurin*/Warren E. *Miller* (1954). The Voter Decides, Evanston.

Clark, Peter/James Q. *Wilson* (1961). Incentive Systems. A Theory of Organizations, in: Administrative Science Quarterly, Vol. 6(2), 219–266.

Dalton, Russell J./Ian *McAllister*/Martin P. *Wattenberg* (2002). Political Parties and their Publics, in: Kurt Richard *Luther*/Ferdinand *Müller-Rommel* (Hg.): Political Parties in the New Europe. Political and Analytical Challenges, Oxford, 19–42.

Detterbeck, Klaus (2002). Der Wandel politischer Parteien in Westeuropa. Eine vergleichende Untersuchung von Organisationsstrukturen, politischer Rolle und Wettbewerbsverhalten von Großparteien in Dänemark, Deutschland, Großbritannien und der Schweiz, 1960–1999, Opladen.

Downs, Anthony (1957). An Economic Theory of Democracy, New York.

Duverger, Maurice (1959 [1951]). Die politischen Parteien, Tübingen.

Fisher, Justin (1999). Modelling the Decision to Donate by Individual Party Members. The Case of British Parties, in: Party Politics, Vol. 5(1), 19–38.

Fisher, Justin/David *Denver*/Gordon *Hands* (2006). The Relative Electoral Impact of Central Party Co-Ordination and Size of Party Membership at Constituency Level, in: Electoral Studies, Vol. 25(4), 664–676.

Gabriel, Oscar W./Oskar *Niedermayer* (2002). Parteimitgliedschaften. Entwicklung und Sozialstruktur, in: Oscar W. *Gabriel*/Oskar *Niedermayer*/Richard *Stöss* (Hg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Wiesbaden, 274–296.

Gallagher, Michael/Vanessa *Liston*/Michael *Marsh*/Liam *Weeks* (2002). Explaining Activism Levels among Fine Gael Members. A Test of the General Incentives Model, in: Irish Political Studies, Vol. 17(1), 97–113.

Gallagher, Michael/Michael *Marsh* (2002). Days of Blue Loyalty. The Politics of Membership of the Fine Gael Party, Dublin.

Gallagher, Michael/Michael *Marsh* (2004). Party Membership in Ireland. The Members of Fine Gael, in: Party Politics, Vol. 10(4), 407–425.

Hansen, Bernhard (2002). Party Activism in Denmark. A Micro Level Approach to a Cross-Sectional Analysis of the Correlates of Party Activism, Århus.

Harmel, Robert (2002). Party Organizational Change. Competing Explanations, in: Kurt Richard *Luther*/Ferdinand *Müller-Rommel* (Hg.): Political Parties in the New Europe. Political and Analytical Challenges, Oxford, 119–142.

Heidar, Knut (1994). The Polymorphic Nature of Party Membership, in: European Journal of Political Research, Vol. 25(1), 61–86.

Heidar, Knut (2006). Party Membership and Participation, in: Richard S. *Katz*/William *Crotty* (Hg.): Handbook of Party Politics, London u.a., 301–315.

Heidar, Knut/Jo *Saglie* (2003a). A Decline of Linkage? Intra-Party Participation in Norway, 1991–2000, in: European Journal of Political Research, Vol. 42(6), 761–786.

Heidar, Knut/Jo *Saglie* (2003b). Predestined Parties? Organizational Change in Norwegian Political Parties, in: Party Politics, Vol. 9(2), 219–239.

Immerfall, Stefan (1993). Politische Kommunikation von Parteimitgliedern. Eine mehrebenenanalytische Fallstudie zur Bundestagswahl 1990, in: Zeitschrift für Politische Psychologie, Vol. 1(3–4), 247–271.

Inglehart, Ronald (1989). Culture Shift in Advanced Industrial Society, Princeton.

Jun, Uwe (1999). Forza Italia. Der Prototyp einer Medienkommunikationspartei?, in: Tobias *Dürr*/Franz *Walter* (Hg.): Solidargemeinschaft und fragmentierte Gesellschaft – Parteien, Milieus und Verbände im Vergleich. Festschrift für Peter Lösche, Opladen, 475–491.

Jun, Uwe (2002). Politische Parteien und Kommunikation in Großbritannien. Labour Party und Konservative als professionalisierte Medienkommunikationsparteien, in: Ulrich von *Alemann*/Stefan *Marschall* (Hg.): Parteien in der Mediendemokratie, Wiesbaden, 278–309.

Jun, Uwe (2004). Der Wandel von Parteien in der Mediendemokratie. SPD und Labour Party im Vergleich, Frankfurt (Main)/New York.

Katz, Richard S. (1990). Party As Linkage. A Vestigal Function?, in: European Journal of Political Research, Vol. 18(1), 143–161.

Katz, Richard S./Peter *Mair* (1992). The Membership of Political Parties in European Democracies, 1960–1990, in: European Journal of Political Research, Vol. 22(3), 329–345.

Katz, Richard S./Peter *Mair* (1995). Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party, in: Party Politics, Vol. 1(1), 5–28.

Kirchheimer, Otto (1965). Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: Politische Vierteljahresschrift, Vol. 6(1), 20–41.

Klein, Markus (2006). Partizipation in politischen Parteien. Eine empirische Analyse des Mobilisierungspotenzials politischer Parteien sowie der Struktur innerparteilicher Partizipation in Deutschland, in: Politische Vierteljahresschrift, Vol. 47(1), 35–61.

Koole, Ruud (1994). The Vulnerability of the Modern Cadre Party in the Netherlands, in: Richard S. *Katz*/Peter *Mair* (Hg.): How Parties Organize. Change and Adaption in Party Organizations in Western Democracies, London u.a., 278–303.

Koole, Ruud (1996). Cadre, Catch-all or Cartel? A Comment on the Notion of the Cartel Party, in: Party Politics, Vol. 2(4), 507–523.

Lawson, Kay (1988). When Linkages Fails, in: Kay *Lawson*/Peter H. *Merkl* (Hg.): When Parties Fail. Emerging Alternative Organizations, Princeton, 13–38.

Mair, Peter/Ingrid *van Biezen* (2001). Party Membership in Twenty European Democracies, 1980–2000, in: Party Politics, Vol. 7(1), 5–21.

Michels, Robert (1989 [1911]). Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Stuttgart.

Milbrath, Lester W. (1965). Political Participation. How and Why Do People Get Involved in Politics, Chicago.

Müller, Frank/Rainer *Traub* (2004). Motivstrukturen der Stuttgarter Parteimitglieder, in: Melanie *Walter-Rogg*/Oscar W. *Gabriel* (Hg.): Parteien, Parteieliten und Mitglieder in einer Großstadt, Wiesbaden, 25–47.

Naßmacher, Karl-Heinz (2003). Party Funding in Continental Western Europe, in: Reginald *Austin*/Maja *Tjernström* (Hg.): Funding of Political Parties and Election Campaigns, Stockholm, 117–137.

Niedermayer, Oskar (1989). Innerparteiliche Partizipation, Opladen.

Niedermayer, Oskar (2007). Parteimitgliedschaften im Jahre 2006, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Vol. 38(2), 368–375.

Olson, Mancur (1965). The Logic of Collective Action. Public Goods and the Theory of Groups, Cambridge.

Panebianco, Angelo (1988 [1982]). Political Parties. Organization and Power, Cambridge.

Pedersen, Karina/Lars *Bille*/Roger *Buch*/Jørgen *Elklit*/Bernhard *Hansen*/Hans Jørgen *Nielsen* (2004). Sleeping or Active Partners? Danish Party Membership at the Turn of the Millennium, in: Party Politics, Vol. 10(4), 367–383.

Pierre, Jon/Lars *Svåsand*/Anders *Widfeldt* (2000). State Subsidies to Political Parties. Confronting Rhetoric with Reality, in: Party Politics, Vol. 23(3), 1–24.

Poguntke, Thomas (2000). Parteiorganisation im Wandel. Gesellschaftliche Verankerung und organisatorische Anpassung im europäischen Vergleich, Wiesbaden.

Scarrow, Susan E. (1994). The ‚Paradox of Enrollment‘. Assessing the Costs and Benefits of Party Memberships, in: European Journal of Political Research, Vol. 25(1), 41–60.

Scarrow, Susan E. (2002). Parties without Members? Party Organization in a Changing Electoral Enviroment, in: Russell J. *Dalton*/Martin P. *Wattenberg* (Hg.): Parties without Partisans. Political Change in Advanced Industrial Democracies, Oxford u.a., 79–101.

Scarrow, Susan E./Burcu *Gezgor* (2006). Trends in Party Membership and Membership Participation. Smaller Parties, Different Types of Members? Paper presented at the Midwest Political Science Association Annual Meetings, Chicago, April 20–23.

Scarrow, Susan E./Paul *Webb*/David M. *Farell* (2002). From Social Integration to Electoral Contestation. The Changing Distribution of Power Within Political Parties, in: Russell J. *Dalton*/Martin P. *Wattenberg* (Hg.): Parties Without Partisans. Political Change in Advanced Industrial Democracies, Oxford u.a., 129–150.

Schattschneider, Elmer E. (1942). Party Government, New York.

Selle, Per/Lars *Svåsand* (1991). Membership in Party Organizations and the Problem of Decline of Parties, in: Comparative Political Studies, Vol. 23(4), 459–477.

Seyd, Patrick/Paul *Whiteley* (1992). Labour‘s Grass Roots. The Politics of Party Membership, Oxford.

Seyd, Patrick/Paul *Whiteley* (2002). New Labour‘s Grassroots. The Transformation of the Labour Party Membership, Basingstoke u.a.

Seyd, Patrick/Paul *Whiteley* (2004). British Party Members. An Overview, in: Party Politics, Vol. 10(4), 355–366.

Tan, Alexander C. (1997). Party Change and Party Membership Decline: An Exploratory Analysis, in: Party Politics, Vol. 3(3), 363–378.

Verba, Sidney/Norman H. *Nie* (1972). Participation in America. Political Democracy and Social Equality, New York u.a.

Verba, Sidney/Kay Lehman *Schlozman*/Henry *Brady* (1995). Voice and Equality Civic Voluntarism in American Politics, Cambridge/London.

Weldon, Steven (2006). Downsize My Polity? The Impact of Size on Party Membership and Party Activism, in: Party Politics, Vol. 12(4), 467–481.

Whiteley, Paul/Patrick *Seyd* (1994). Local Party Campaigning and Electoral Mobilization in Britain, in: Journal of Politics, Vol. 56(1), 242–252.

Whiteley, Paul/Patrick *Seyd* (1996). Rationality and Party Activism. Encompassing Tests of Alternative Models of Political Participation, in: European Journal of Political Research, Vol. 29(2), 215–234.

Whiteley, Paul/Patrick *Seyd* (1998). The Dynamics of Party Activism in Britain. A Spiral of Demobilization?, in: British Journal of Political Science, Vol. 28(1), 113–137.

Whiteley, Paul/Patrick *Seyd* (2002). High Intensity Participation. The Dynamics of Party Activism in Britain, Ann Arbor.

Whiteley, Paul/Patrick *Seyd*/Antony *Billinghurst* (2006). Third Force Politics. Liberal Democrats at the Grassroots, Oxford u.a.

Whiteley, Paul/Patrick *Seyd*/Jeremy *Richardson*/Paul *Bissell* (1993). Explaining Party Activism. The Case of the British Conservative Party, in: British Journal of Political Science, Vol. 24(1), 79–94.

Whiteley, Paul/Patrick *Seyd*/Jeremy *Richardson* (1994). True Blues. The Politics of Conservative Party Membership, Oxford u.a.

Widfeldt, Anders (1995). Party Membership and Party Representativeness, in: Hans-Dieter *Klingemann*/Dieter *Fuchs* (Hg.): Citizens and the State, Oxford, 134–183.

Wiesendahl, Elmar (1990). Der Marsch aus den Institutionen. Zur Organisationsschwäche politischer Parteien in den achtziger Jahren, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Vol. 40(21), 3–14.

Wiesendahl, Elmar (2006). Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion, Wiesbaden.

Wilson, James Q. (1973). Political Organizations, New York.

AUTOREN

Ulrich von ALEMANN, Professor für Politikwissenschaft; Stellvertretender Direktor des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Schwerpunkte der Forschung: Parteien, Verbände, politische Korruption, politisches System der Bundesrepublik Deutschland.

Korrespondenzadresse: Sozialwissenschaftliches Institut, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Gebäude 23.32, Universitätsstraße 1, 40225 Düsseldorf, Deutschland.

E-Mail: alemann@uni-duesseldorf.de

Tim SPIER, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Parteienrecht und Parteienforschung an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Schwerpunkte der Forschung: Parteien, Wahlen und Wähler, Rechtspopulismus, politische Partizipation.

Korrespondenzadresse: Institut für Parteienrecht und Parteienforschung, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Gebäude 24.91, Universitätsstraße 1, 40225 Düsseldorf, Deutschland.

E-Mail: tim.spier@uni-duesseldorf.de

Aus aktuellem Anlass!

Fritz Plasser, Peter A. Ulram (Hg.)

NEU

Wechselwahlen

Analysen zur Nationalratswahl 2006

Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung Band 30
2007, 330 Seiten, gebunden
ISBN 978-3-7089-0016-2
EUR 29,–

Prominente Wahl- und Parteienforscher analysieren die Dynamik des Nationalratswahlkampfes 2006 und beleuchten Trends, Muster und Motive im österreichischen Wahlverhalten. Im Mittelpunkt der Beiträge stehen Analysen der redaktionellen Wahlkampfberichterstattung, die Kommunikations- und Werbestrategien der Parteien, das Wahlverhalten einzelner Wählergruppen, die Wechselwähler wie Protestwähler, Wählerströme und Wählerwanderungen und die Besonderheiten des österreichischen Wahlverhaltens im internationalen Vergleich.

www.facultas.at

facultas.wuv